

Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Neuss, Erhard Demmer, in der Kreistagssitzung am 21. März 2007

Es gilt das gesprochene Wort!

(Sperrfrist 21.03.2007 – 16 Uhr)

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

der Einstieg in das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) ist ohne größere Reibungsverluste gelungen. Ein Dank gilt deshalb dem Kämmerer und der Kämmerei, die die Kreistagsabgeordneten mit einem überschaubaren Haushalts-Entwurf ausstatteten und die notwendigen ergänzenden Informationen zur Verfügung stellten. Allerdings hätte sich die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN gewünscht, zusätzlich zur Vergleichbarkeit der kameralen und doppischen Ansätze noch eine Überleitungstabelle wie in Kaarst und Meerbusch zu bekommen.

Für den nächsten Haushalt muss die Systematik noch stärker ausgebaut werden, vor allem sind die Ziele klarer und ausführlicher zu formulieren.

Sie sind bekanntlich die Grundlage der Gestaltung des jährlichen Haushalts, also der Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle. Darin liegt auch die große Chance des Kreistags, in der Gestaltung der Kreispolitik wieder auf Augenhöhe mit der Verwaltung zurückkehren zu können.

Wenn wir uns nämlich die Anforderungen an eine Zielformulierung im Sinne des NKF vergegenwärtigen, dann haben wir noch einen erheblichen Nachholbedarf. Dann muss auch Schluss sein mit der verqueren Praxis in den Haushaltsberatungen, Mittel einzustellen, ohne dass im Fach- und Kreisausschuss über die Festlegung von politischen Zielen beraten und entschieden wurde.

Wer dieses aber im Sinne des NKF will, muss auch auf solide Kennzahlen zurückgreifen können, die erhellen und nicht verschleiern. Verschleiern, wie etwa bei der Darstellung der tatsächlichen Ausgaben für die privaten Gymnasien Knechtsteden und Marienberg. Erhellen, um etwa die Effizienz von Maßnahmen in der Wirtschaftsförderung nachvollziehen zu können.

Wer NKF ernst nimmt, wird auch die Ansicht teilen, dass damit zwingend eine Reform der Kreisordnung einhergeht. Eine solche Reform muss die Rechte des Kreistags stärken, so wie sie bisher für die Stadt- und Gemeinderäte bereits existieren. Allerdings können wir da bei dieser Landesregierung wenig Hoffnung haben. Dort ist das, was euphemistisch „Gemeindereform“ genannt wird, unterm Strich eher ein Einschränkung der demokratischen Möglichkeiten der Kommunalparlamente und eine Hinwendung zu Vorstellungen, die wir aus Zeiten der Duodez-Fürstentümer kannten.

Auch finanzpolitisch ist von den Gelb-Schwarzen nicht viel zu erwarten. In einem beispiellosen Raubzug wurden den Kommunen mit dem Haushalt 2007 ca. 440 Mio. Euro entzogen, etwa bei der Grunderwerbssteuer mit 165,3 Mio., bei den Krankenhausinvestitionen mit 110 Mio. Euro, bei den Zuschüssen für den schienengebundenen Verkehr in Höhe von 79,57 Mio. oder den Kindergärten mit weiteren 42,75 Mio. Euro zusätzlich zu den Kürzungen im Vorjahr.

Zu diesem Bild gehört auch, dass die Regierung Rüttgers auf Druck der FDP die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Tätigkeit kommunaler Unternehmen trotz der massiven Proteste drastisch einschränken will.

Auch das Konnexitätsprinzip wird mit Füßen getreten.

So ist die Verlagerung der Zuständigkeiten des Schwerbehindertengesetzes auf die Kreise und kreisfreien Städte beschlossene Sache, ohne dass das Land dafür angemessen die Kosten übernimmt. Trotz der sich verbessernden konjunkturellen Situation und der damit einhergehenden steigenden Steuereinnahmen in Bund und Ländern, ist für die Kommunen und Kreise, noch keine wirklich substantielle Verbesserung in Sicht.

Dies hat auch der Kämmerer in seinem Vortrag deutlich herausgestellt, in dem er drauf hinwies, dass die kommunale Familie von einer dauerhaften finanziellen Auszehrung bedroht ist; die Stellungnahme der kreisangehörigen Kommunen ist ein weiterer Beleg dafür.

Auch vom Bund ist nichts zur Stärkung der kommunalen Finanzen zu erwarten. Zum zweiten Mal werden Großunternehmen Steuergeschenke zugeschanzt, ohne dass davon positive Folgewirkungen ausgehen werden.

Die Zeche haben neben den Verbraucher über die erhöhte Mehrwertsteuer die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu zahlen. Sie sind durch die Unternehmenssteuerreform strukturell benachteiligt, mit Folgen für das Gewerbesteueraufkommen, die bekanntlich die einzige ernst zu nehmende Finanzquelle der Kommunen, die sich immer noch in Not befinden, darstellt.

Einziger Lichtblick bei diesen trüben Aussichten ist der LVR.

Der Vorschlag einer erneuten Senkung der Landschaftsumlage um weitere 0,2 Prozent durch die Ampelkoalition beim Landschaftsverband Rheinland entlastet den Rhein-Kreis Neuss um weitere 900.000 Euro. Dass diese Entlastung an die Kommunen im Kreis eins zu eins weitergegeben wird, befürwortet meine Fraktion.

Insgesamt senkt der Landschaftsverband damit die Umlage um 0,6 Prozent, so dass die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss um 2,8 Millionen Euro entlastet werden. Günstig ist darüber hinaus auch, dass die Landschaftsversammlung in der Eröffnungsbilanz auf die Forderungen für Pflegekosten gegenüber den Mitgliedskörperschaften in Höhe von 207 Millionen Euro verzichten wird. Aus Rücksicht auf die stark angespannte Finanzlage der Städte und Gemeinden bedeutet dies sogar eine Senkung der Landschaftsumlage um weitere 1,9 Prozent in diesem Jahr.

Meine Damen und Herren,

Sie haben schon bemerkt, dass unsere diesjährige Haushaltsrede eine nüchterne Bestandsaufnahme enthält und auf rhetorische Finessen und Bilder verzichtet.

Das halten wir auch nicht für angemessen, lenkt es doch das Ohr von den wirklichen Problemen eher ab. „Schlechte Zeit für Lyrik“ also, so, wie es Bertolt Brecht in seinem gleichnamigen Gedicht, allerdings unter völlig anderen politischen und historischen Bedingungen, formuliert hat.

Wenden wir uns also nach der Betrachtung der wenig rosigen finanziellen Rahmenbedingungen, im Sinne der nüchternen und klaren Bestandsaufnahme, einigen zentralen Problembereichen der Kreispolitik zu:

Die CDU hat für die heutige Kreistagssitzung einen Antrag zur Thema „Familienfreundlicher Rhein-Kreis Neuss“ vorgelegt, der ausgesprochen fleißig viele Problembereiche der Kinder- und Familienpolitik auflistet und zur Prüfung freigibt.

Es sind Bereiche, über die Grüne schon lange, allerdings aus der Perspektive des Kindes, diskutieren und für die Grüne schon lange Lösungsvorschläge vorgelegt haben.

Der Antrag knüpft an die CDU-interne Diskussion im Bund an, die von Ministerin von der Leyen ausgelöst wurde, als sie das Konzept, was ihre Vorgängerin Renate Schmidt im Ministerium ohne aktive Unterstützung des „Gedöns“-Kanzlers erarbeiten ließ, politisch umsetzen wollte.

Der Antrag bleibt irgendwie verbindlich-unverbindlich, lässt klare Forderungen vermissen und ist deshalb wohl auch Ausdruck innerparteilicher Kräfteverhältnisse hier im Rhein-Kreis Neuss.

Es ist eben nicht einfach für eine stellvertretende Fraktionsvorsitzende sich gegen eine Front von Fraktionsmitgliedern und Verantwortlichen der eigenen Partei im Jugendhilfeausschuss zu behaupten, deren Stellungnahmen zu familien- und kinderpolitischen Themen weit mehr an Volker Kauder als an Ursula von der Leyen erinnern. Und so liegt Ihr Antrag, den unsere Fraktionsexpertin Susanne Schöttgen später noch einer genaueren Betrachtung unterziehen wird, irgendwo zwischen „Mutter Ursula“ und „Kauder-Welsch“.

Auf Anregung der GRÜNEN wird sich der Berufsschulbeirat, der Schul- und der Kreisausschuss erstmalig intensiv mit der Lehrstellensituation im Rhein-Kreis Neuss befassen, um so überprüfen zu können, in welchen Bereichen konkreter Handlungsbedarf existiert.

Die Daten, die dem Kreisausschuss bisher zur Verfügung standen, waren eher allgemeiner Art. Statt soliden Berichten des Vertreters des Rhein-Kreises Neuss im Verwaltungsrat der Arbeitsagentur, hörten wir nur Randbemerkungen.

Das muss sich jetzt ändern. Denn nur so können wir überprüfen, ob die Behauptung, im Rhein-Kreis Neuss suchten, anders als bundesweit, nur wenige junge Menschen noch Lehrstellen, zutrifft.

Im Bund sind 2006 immerhin 17.400 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz geblieben.

Auch die Frage, warum Qualifizierungsmaßnahmen zu einem Drehtüreffekt statt zu einer Lehrstelle führen, ist solide zu beantworten. Unsere Vermutung: Es fehlt für diese Gruppe, die aus Haupt- und Realschulabsolventen besteht, schlicht an adäquaten Ausbildungsplätzen. Denn landesweit absolvieren nur etwa 40% der „Spät-Versorgten“ eine klassische duale Ausbildung, die anderen drehen Warteschleifen in Schulen, befinden sich in Langzeitpraktika oder sind bei der Bundeswehr untergeschlüpft.

Erkennbarer und damit sofortiger Handlungsbedarf besteht auch bei den Jugendlichen, die keinen Schulabschluss haben. Deshalb findet die Erhöhung der Mittel für das Werkstattjahr unsere Unterstützung. Es darf jedoch nicht bei dieser einen Maßnahme bleiben, da Einstiegsqualifizierungsmaßnahmen passgenau angeboten werden müssen.

Vor allem: Ausbildungsinhalte müssen ganzheitlich angelegt sein und nicht nur den Verwertungsinteressen der Unternehmen unterworfen sein.

Auch bei den „erwachsenen“ Beschäftigten existiert eine Gruppe, an den der exportgetriebene Aufschwung der bundesrepublikanischen Ökonomie vorbeigeht: die Langzeitarbeitslosen.

Der Rhein-Kreis Neuss spürt dies monatlich bei der Berechnung der Kosten für Unterkunft: sie sinken nicht. Das ist zwar Ausfluss eines Geburtsfehlers der Hartz-Gesetze, aber eben auch hausgemacht.

Es darf nicht - wie im vergangenen Jahr - erneut passieren, dass Mittel der Eingliederung bei der ARGE nicht ausgegeben werden können und zurück nach Berlin fließen. Deshalb ist es erfreulich, dass einer alten grünen Forderung im Rahmen der ARGE, nämlich mehr für die Entstehung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse zu tun, nachgekommen wird, aus unserer Sicht allerdings noch zu zaghaft.

Auch eine zweite grüne Forderung wird endlich umgesetzt:
die neue Sozialhilfevereinbarung.

Durch sie sind die Städte und Gemeinden stärker motiviert, an einer aktiven Arbeitsmarktpolitik mitzuwirken, um die „Kosten für Unterkunft“ geringer zu halten.

Kommen wir nun zu unserem beliebten Kreisausschuss-„was wollen Sie denn, der Landrat informiert den Ausschuss doch ständig“-Dauerthema:
die Wirtschaftsförderung.

Nachdem wir die Zuordnung, welcher Teil der Wirtschaftsförderung was macht, zumindest auf dem Papier, hinbekommen haben, bedarf es jetzt – trotz aller Schwierigkeiten - der Entwicklung von Zielen und Kennzahlen, ganz im Sinne des NKF.

Als oberstes Ziel schlagen wir den schlichten Satz „Die Wirtschaftsförderung will dazu beitragen, dass Arbeitsplätze gesichert werden und neue Beschäftigung entsteht“, vor. Auf dieses einfache Steuerungs-Ziel muss deutlich hingewiesen werden.

Wirtschaftsförderung ist nicht dazu da, als Steigbügelhalter für große mittelständische Neusser Unternehmen aufzutreten oder gar marode Sportforen zu subventionieren. Vielmehr ist zu diskutieren, ob die Auffassung des Geschäftsführers des Außenhandelsverbandes NRW, Andreas Mühlberg, Mittelständler ließen sich vom Rummel um China, Indien und Co. in der Regel nicht blenden, nicht ein deutlicher Hinweis für die Ausgestaltung der Wirtschaftsförderung des Rhein-Kreises Neuss sein muss.

Damit sind mehrere Fragen aufgeworfen: zuerst

- um welche kleinen und mittelständischen Unternehmen bis zu welcher Größe muss sich der Rhein-Kreis Neuss kümmern?
- finden Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, etwa von Dormagen und Neuss, mit denen des Rhein-Kreis Neuss parallel statt? Ist das effizient?
- Welche Erfolge hatten die Reisen ins Ausland für die Unternehmen? Wie ist die Beteiligung einzuschätzen?
- Sind Veranstaltungen vor Ort, wie das USA-Wirtschaftsforum, für die kleinen und mittelständischen Unternehmen nicht Erfolg versprechender?
- Wird angemessen berücksichtigt, dass über 75% des Handels in Europa stattfindet? Sind also China, Indien und Kolumbien für die kleinen und mittleren mittelständischen Unternehmen wichtiger als die Benelux-Länder, Frankreich, England, Rumänien oder Skandinavien?

Darüber werden wir im Kreisausschuss zu beraten haben.

Dann muss auch die CDU Farbe bekennen, schmückt sie sich doch in letzter Zeit lieber mit so genannten großen Wirtschaftsführern und dem Kontakt mit Großkonzernen.

So etwa, wenn man in „Rüttgers Club“ den nur durch einen abenteuerlichen Millionen-Deal nicht vorbestraften Chef der Deutschen Bank trifft oder hier im Rhein-Kreis Neuss gar einen Parteitag in den Gebäuden des Großkonzerns RWE abhält.

Ist das nun ein Treppenwitz oder Teil der Indizienkette, dass die CDU, auch die im Rhein-Kreis Neuss (übrigens zusammen mit der UWG) an ihre frühere Rolle anknüpft, die ihr zwischenzeitlich von Wolfgang Clement und Werner Müller streitig gemacht worden war?

Ja früher, da war der Stadtdirektor- oder Stadtwerkechef-Posten in Neuss ideales Sprungbrett in den Vorstand des RWE-Konzerns.

Während sich nun aber die Neusser Spitzenleute einen anderen Favoriten ausgewählt haben, hält die CDU im Rhein-Kreis Neuss die verheerende Tradition aufrecht.

So haben wir GRÜNE, die weiterhin den Verkauf sämtlicher RWE-Aktien mit Nachdruck fordern (und hätten Sie auf uns gehört, wären jetzt nicht schon Millionen verloren), so haben wir GRÜNE zu hören bekommen, dass das finanziell durchaus Sinn mache, aber aus politischen Gründen nicht opportun sei. So etwas nennt man Korporatismus.

In dieses Bild passt auch, dass Sie zur Verteidigung Ihrer Position gerne von der nationalen Versorgungssicherheit sprechen, ganz im Geiste des Energiewirtschaftsgesetzes von 1936. Ihre Argumentation könnte auch vom RWE-Pressesprecher verfasst worden sein. Diente dazu der Abend im Kraftwerk?

Während alle Welt darüber diskutiert, wie der Klimaschutz gefördert werden kann, haben Sie nichts anderes im Kopf als einen künstlichen Widerspruch zwischen Arbeitsplätzen und Klimaschutz herzustellen.

Und während die CDU-Ratsfraktion der Stadt Krefeld auf ein Kohlekraftwerk verzichtet, beschweren Sie sich über die zu strengen Klimaschutzziele des Nationalen Allokationsplans.

Vollends aus der Feder der RWE-Propaganda ist die abenteuerliche Behauptung, nicht CO₂ sei das eigentliche Problem, sondern Methan!

Halten wir uns an die Fakten:

Richtig ist, dass beim Steinkohlebergbau, bei Erdöl und Erdgas auch Methan frei wird. Richtig ist, dass Methan 20mal klimawirksamer als CO₂ ist, aber wegen der geringeren Menge nur 18% des Treibhauseffekts verursacht.

Nur weniger als ein Drittel geht zudem auf die Rohstoff-Förderung (Steinkohle, Erdöl, Erdgas) zurück, der Rest kommt aus der Landwirtschaft (wollen Sie die jetzt platt machen?) und der Abfallentsorgung.

Methan ist im Gegensatz zu CO₂ außerdem sehr reaktiv, baut sich der Atmosphäre schnell wieder ab und akkumuliert sich deshalb nicht.

Jede seriöse Berechnung, etwa die neueste des Öko-Instituts, die die CO₂-Emissionen der gesamten Produktionskette von Energieträgern berücksichtigt, zeigt, dass die Braunkohle immer noch deutlich vorne liegt, vorne zu unserem Schaden.

Denn den Klimawandel, den die Dreckschleudern aus dem Rheinischen Braunkohlerevier verursachen, schadet nicht nur dem Rhein-Kreis Neuss, er schadet der gesamten Atmosphäre und den nachwachsenden Generationen, die die ökologischen und auch ökonomischen Folgen ausbaden hätten, wenn wir nicht sofort gegensteuern.

Wenn jetzt weiter in den Klimakiller Braunkohlekraftwerke investiert wird (eine solche Investition ist auf 40 bis 50 Jahre angelegt) können wir noch so viele Glühbirnen austauschen, Standby-Schaltungen auslaufen lassen und Tempolimits erlassen - die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bekommen wir nicht hin.

Statt mit zu überlegen, wie die hochqualifizierten Arbeitskräfte in den Braunkohlekraftwerken, die jedes Jahr ein Stück mehr wegrationalisiert werden, auf dauerhaftere Arbeitsplätze umgesteuert werden können, auf Arbeitsplätze, die im Sinne des nachhaltigen Wirtschaftens ökologische und ökonomische Prinzipien vereinen und damit zukunftsfähig sind,
statt mit zu überlegen, wie in der Nothaushaltsgemeinde Grevenbroich mit Hilfe der geballten Unterstützungskraft der Wirtschaftsförderung des Rhein-Kreises diese neuen Arbeitsplätze entstehen könnten, um diese verdammte Monostruktur aufzulösen, unterstützen Sie einen Konzern, der noch nicht einmal die einfachsten Vereinbarungen und Zusagen einhält und sichern ihm politisch die windfall-profits ab.

Wenn man den spät und dazu halbherzig eingeleiteten Strukturwandel im Ruhrgebiet analysiert, ist die Befürchtung nicht ganz unbegründet, dass Jüchen und Grevenbroich zu den „Armenvierteln“ des Kreises absacken könnten, während Neuss, Meerbusch und Kaarst die „boomtowns“ darstellen.

Käme es so, dann wäre die Kreispolitik total gescheitert und die so genannte Ausgleichsfunktion könnten wir in der Pfeife rauchen. Anzeichen dafür gibt es Genüge.

Deshalb: klammern Sie sich nicht zu lange an Überholtem fest, - so wie Sie es auch beim Grundwasser tun.

Erst der vierte Brief, nunmehr der neuen Landesregierung, hat Sie hoffentlich nachdenklich gestimmt.

Wir schreiben es Ihnen auch hier ins Stammbuch: Eine großflächige Satzungslösung und einen Eingriff ins Wasserdargebot sind über die Landesgesetzgebung nicht realisierbar – und daran ist nicht, wie von Ihnen landauf-landab stets proklamiert „Grün-Rot“ schuld!

Leider sind auch die hoffnungsvollen Ankündigungen des Landrats zum Wasserwerk Waldhütte/Lodshof wie Seifenblasen zerplatzt.

Dennoch ist es richtig, die Mittel für Grundwasser-Maßnahmen in Korschenbroich und Kaarst im Haushalt stehen zu lassen, um weitere Elemente der Patchwork-Lösung realisieren zu können. Es ist aber falsch, mehr Mittel zu fordern, ohne ein Konzept vorzulegen – liebe Aktive/UWG. Über mögliche und notwendige Maßnahmen möchten wir jedoch gerne weiter mit Ihnen diskutieren.

Damit komme ich zum Schluss, ohne über die schleichende Privatisierung öffentlicher Aufgaben landesweit – Stichworte: so genannte Gemeindereform, so genannte Sparkassenreform - und speziell im Rhein-Kreis Neuss – Stichworte: Marienberg, Knechtsteden, FÖM, private FH in Münster -, und ohne über weitere Formen des Korporatismus und ohne über Lobbyismus in anderen Bereichen der Kreispolitik gesprochen zu haben.

Auch nicht über das Positive:

- Wir GRÜNE schätzen die einzigartige Landschaft im Rhein-Kreis Neuss, sie ist zu schade, um zugebaut und abgebaggert zu werden,
- wir schätzen die Kulturlandschaft mit ihren Leuchttürmen Hombroich, Museum Langen Foundation, Schloss Dyck und Zons,
- wir schätzen die (noch!) relativ guten Bahn- und Busverbindungen, die nicht der Einschränkung, sondern des Ausbaus bedürfen,

- und wir GRÜNE schätzen, dass wir eine Kämmerei haben, die zwar Cash- und Kreditmanagement einsetzt, aber Steuergelder nicht zum Zocken in hochspekulativen Anlagen missbraucht
- und auch eine Verwaltungsspitze, die, anders als in anderen Gebieten des Rhein-Kreises Neuss, die Empfehlung des Mafiapaten aus dem „Leopard“ nach allem, was wir wissen, nicht befolgt: „Sie müssen jemanden finden, der seine privaten Interessen als öffentliche maskiert.“

Das macht es einfacher über die richtige politische Strategie im Rhein-Kreis Neuss zu streiten.

Die Themen sind benannt, wir GRÜNE freuen uns auf die Diskussionen.

Sie werden von uns hören!

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
im Kreistag Neuss